

WIRTSCHAFT VERTRETER VON CDU UND FDP

Druck auf Habeck – „Milliardenschwerer Tankrabbatt versickert und die Ampel schaut zu“

Stand: 07:54 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Wirtschaftsminister Robert Habeck

Quelle: AFP/TOBIAS SCHWARZ

Der Tankrabbatt soll die Bundesbürger in Zeiten extrem steigender Spritpreise eigentlich entlasten, droht aber schon kurz nach der Einführung zu verpuffen. Nun erhöhen Vertreter von CDU und FDP den Druck auf Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne).

Vertreter von CDU und FDP haben Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wegen der weiterhin hohen Spritpreise aufgefordert, gegen die Öl-Konzerne vorzugehen. „Der milliardenschwere Tankrabbatt versickert und die Ampel schaut zu“, sagte der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Jens Spahn (CDU) der „Bild“ (<https://www.bild.de/>). „Die Ölmultis zum Rapport bestellen ist das Mindeste, was Wirtschaftsminister Habeck tun kann.“

Auch der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Dürr sagte, es müsse vermieden werden, dass die Mineralölwirtschaft den Tankrabbatt nicht vollständig an die Kunden weitergebe. „Minister Habeck muss jetzt Druck machen und gemeinsam mit dem Bundeskartellamt dafür sorgen, dass die Entlastung greift“, sagte er der „Bild“.

Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) schloss indes Änderungen oder eine Abschaffung des Tankrabatts aus. Der Rabatt sei per Gesetzgebungsverfahren eingeführt worden. „Jetzt kann man nicht hergehen und kann sagen, wir ändern das jetzt kurzfristig“, sagte Wissing im „Interview der Woche“ mit dem Deutschlandfunk laut Vorabmeldung.

Der von der FDP durchgesetzte Tankrabatt war zum 1. Juni als Teil des Entlastungspakets der Bundesregierung in Kraft getreten. Es handelt sich um eine auf drei Monate befristete Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe. Bei Benzin sinken die Steuersätze um 29,55 Cent je Liter und bei Diesel um 14,04 Cent, hinzu kommt eine dann geringer ausfallende Mehrwertsteuer auf den Gesamtpreis.

Nach einem spürbaren Rückgang unmittelbar nach Inkrafttreten des Tankrabatts waren die Preise an den Tankstellen nach Angaben des ADAC zuletzt aber täglich wieder gestiegen.

SPD-Chefin Esken schließt befristetes Tempolimit und Fahrverbote nicht aus

SPD-Chefin Saskia Esken will bei weiter steigenden Öl- und Spritpreisen trotz des Tankrabatts auch ein befristetes Tempolimit und Fahrverbote nicht ausschließen. Esken sagte dem Berliner „Tagesspiegel“ (<https://www.tagesspiegel.de/>), dass die Mineralölkonzerne die Steuersenkung „nicht vollständig an die Verbraucher weitergeben, das stinkt zum Himmel“. Sie forderte daher ein Einschreiten des Kartellamts. „Die Mineralölkonzerne dürfen nicht zulasten des Steuerzahlers Kasse machen“, sagte Esken.

Wenn die Spritpreise so hoch blieben, seien auch schärfere Maßnahmen nicht ausgeschlossen, betonte Esken. Ein Instrument neben dem Kartellrecht sei das Energiesicherungsgesetz aus dem Jahr 1975, das damals als Reaktion auf die Ölkrise beschlossen und von der Ampel-Koalition im Mai novelliert wurde.

AFP/mre

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239301163>